

Der Autor ist Doktorand an der Universität Bonn. Seine Dissertation beschäftigt sich mit dem gegenwärtigen Konflikt in Thailand und der Rothemdbewegung.

Der, dessen Namen man nicht nennen darf

Nach dem Dahl'schen Polyarchiekonzept (vgl. Dahl 1989) ist freie Meinungsäußerung ein essentieller Bestandteil einer vitalen Demokratie beziehungsweise Basis einer Demokratie im Allgemeinen. Offiziell besteht in Thailand seit 1932 eine konstitutionelle Monarchie, die als demokratisches System gilt. Dieses wurde jedoch im Laufe der Jahrzehnte durch die Alternation formaldemokratischer Regierungen und verschiedener Militärjunkten ausgehöhlt, was letztlich dazu geführt hat, dass autoritäre Elemente massiven Einfluss auf das Staatssystem Thailands hatten. Im Hinblick auf die Situation der Meinungsfreiheit zeigen gerade die turbulenten Ereignisse der letzten Dekade, dass diese stark eingeschränkt respektive ein Spielball im Machtkampf der Eliten, auf Kosten der demokratischen Kräfte des Landes, ist.

Meinungsfreiheit seit der Thaksin-Ära

Thailands politische und gesellschaftliche Dynamiken der letzten Jahre waren von einer unglaublichen Intensität geprägt. Jedoch haben alle damit verbundenen Ereignisse auch einen bitteren Beigeschmack, nämlich Teil einer anhaltenden Krise zu sein. Innerhalb von sieben Jahren kam es zu fünf Regierungswechseln, einschließlich eines Militärputsches und unzähligen Massenprotesten. Den personifizierten Ursprung dieser Krise verkörpert der Großunternehmer Thaksin Shinawatra. Mit einem populistischen Feldzug konnte er bei den Wahlen 2001 große Teile der Bevölkerung hinter sich bringen und sich selbst als Regierungschef installieren. Es war die erste Wahl nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung (1997), die bis heute als die liberalste und demokratischste des Landes gilt. Dementsprechend hoch waren die Erwartungen an den neuen Ministerpräsidenten. Doch Thaksins autoritärer Regierungsstil kollidierte schnell mit den Vorstellungen der Zivilgesellschaft. Infolgedessen wurde die offene Missbilligung der Regierung immer größer. Mit Kritik konnte Thaksin jedoch nicht so gut umgehen. Seine Kritiker versuchte er mit weitläufigen Zensurmaßnahmen mundtot zu machen: Einheimische Journalisten wurden regelrecht bedroht, und ausländischen Medien wurde seitens der Regierung angeraten, eine kritische Berichterstattung freundlicherweise zu unterlassen. Der Erfolg dieser Handlungsweise war jedoch eher mäßig und die Opposition wuchs innerhalb kürzester Zeit zu einer Massenbewegung (später bekannt als *Gelbhemden*) an, die, gepaart mit Thaksins Machthunger, zu seinem Verhängnis wurde. Schließlich intervenierte im September 2006

das Militär und Thailand konnte einen neuen Putsch in seinen Geschichtsbüchern verzeichnen. Bevor es 2007 wieder zu freien Wahlen kam, wurde von der Militärregierung eine neue Verfassung vorgelegt, die in einem relativ knappen Referendum vom Volk abgenickt wurde. Einen Artikel, der die Pressefreiheit schützt, sucht man in der neuen Verfassung jedoch vergeblich. Eine der Hauptursachen der Einschränkung der Medien- und Meinungsfreiheit manifestiert sich ohnehin in einem einzelnen Abschnitt des thailändischen Strafgesetzbuches: Artikel 112.

Majestätsbeleidigung

»Wer den König, die Königin, den Thronfolger oder Regenten verleumdet, beleidigt oder bedroht, wird mit einer Freiheitsstrafe von drei bis fünfzehn Jahren bestraft.«

(Freie Übersetzung des Artikels 112).

Das sogenannte *Lèse-Majesté*-Gesetz führt in Thailand immer wieder zu höchst umstrittenen Inhaftierungen. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die fehlende Definition der Begriffe »Verleumdung« und »Beleidigung«. Die individuelle Auslegung liegt dabei auf Seiten des jeweiligen Anklägers beziehungsweise der Gerichte. Gerade in der Folge der Ereignisse nach dem Militärputsch mutierte das Gesetz zu einem starken Repressionsinstrument. Innerhalb des politischen Systems entwickelte sich eine Praxis, die konkret darauf zielte, politische Gegner auszuschalten. Dabei geht es auch um den Machterhalt der alten Elite, welche McCargo (2006) als »royales Netzwerk« betitelte. Vereinfacht ausgedrückt konkurrieren die royalistischen Kräfte seit 2001 mit dem Netzwerk Thaksins um die Vorherrschaft im thailändischen Staatsgefüge. Dies bekommen besonders die *Rothemden* zu spüren, diejenige soziale Bewegung, die aus dem Militärputsch hervorging.

In politischer Hinsicht stehen die Rothemden den Thaksin-Nachfolgeparteien nahe. Inhaltlich fordern sie mehr Demokratie und politisches Mitspracherecht, weil sie sich um ihr Stimmrecht betrogen fühlen. Dies resultiert aus dem Militärputsch und dem gerichtlichen Verbot der PPP (*Peoples Power Party*) 2008, eines direkten Derivats der alten Partei Thaksins, welche nach dem Putsch die ersten freien Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen hatte.

Der Protest der Rothemden eskalierte 2010 in Bangkok, nachdem das Militär eine friedliche, über mehrere Monate andauernde, Straßenblockade gewaltsam beendete. Die Hauptforderung der

Demonstranten richtete sich dabei auf die Auflösung des Parlaments, mit der Intention, die bestehende Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Abhisit Vejjajiva, welche in ihren Augen zu Unrecht an die Macht gekommen war, abzusetzen. Tatsächlich wurde die Regierung Abhisits und er selbst nie gewählt, zumindest nicht vom thailändischen Volk. Thaksin und dessen Nachfolgeregierungen hingegen schon. Sie selbst bezeichnen die Rothemden als *Phrai* (Unfreie) im Kampf gegen die *Amat* (Aristokraten). Diese Begriffe gehen auf die thailändische Feudalzeit zurück und deuten auf ein ausgeprägtes Klassenbewusstsein hin. In diesem Zusammenhang kam es seit der Entstehung der Bewegung auch zu einer rapiden Ausbreitung republikanischen Gedankenguts. Eine offene Kritik an der Aristokratie und am Königshaus ist aufgrund des Artikels 112 jedoch für die Aktivisten kaum möglich. Aufgrund dessen wird Kritik nicht offen ausgesprochen. Stattdessen spricht man über »du weißt schon wen« oder den, »dessen Namen man nicht nennen darf«, eine Anspielung auf Lord Voldemort, den bösen Zauberer aus den *Harry Potter*-Romanen (vgl. Pye 2010). Doch selbst das schützt nicht vor einer Verurteilung. Welchen repressiven Charakter der Artikel 112 besitzt, zeigen die Zahlen und Einzelschicksale:

Im Zeitraum von 1990 bis 2005 wurden pro Jahr im Schnitt fünf Fälle von Majestätsbeleidigung vor thailändischen Gerichten verhandelt. Alleine 2011 waren es schon über 100. Vornehmlich wurden dabei Aktivisten der Rothemden angeklagt. Einer der prominentesten Fälle war dabei der von Surachai Danwattananusorn, dem Anführer der *Red Siam*-Gruppe, einer Aktivistenorganisation, welcher von den Behörden republikanische Tendenzen unterstellt wurden und die auch an der Großdemonstration 2010 beteiligt war. Surachai wurde 2012 wegen einer angeblich den König diffamierenden SMS zu 15 Jahren Haft verurteilt. Obwohl seinem Gnadengesuch vom König stattgegeben wurde und er nur ein Jahr seiner Gefängnisstrafe verbüßen musste, gab es massive Kritik von Menschenrechtsorganisationen für die unverhältnismäßigen Haftstrafen im Zusammenhang mit dem Artikel 112.

Ein weiterer Fall, der in den westlichen Medien für großes Echo sorgte, war der von Amphon Tangnoppakul. Amphon wurde 2010 unter einem ähnlichen Vorwurf wie Surachai festgenommen. Er soll mehrere SMS mit beleidigendem Inhalt gegenüber der Königin an einen Regierungsvertreter geschickt haben. Daraufhin wurde er zu einer zwanzigjährigen Haftstrafe verurteilt, obwohl Amphon immer wieder bestritt, die Textnachrichten geschickt zu haben. Aufgrund seines Alters wurde er in den Medien auch als »Onkel SMS« bekannt. Er starb 2012 infolge eines Krebsleidens im Gefängnis.

Neben dem Artikel 112 nutzte die Regierung unter Abhisit auch den 2007 verabschiedeten com-



puterbezogenen *Crimes Act*, um die Medien zu zensieren. In diesem Zusammenhang wurden von der Regierung eine Vielzahl von Radiosendern, TV-Stationen und Printpublikationen, die der Opposition nahestanden, verboten oder angeklagt. Das bekannteste Beispiel war die Online-Zeitung *Prachathai*. Darüber hinaus wurde die Herausgeberin Chiranuch Premchaiporn 2012 zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt, da sie königskritische Leserkommentare auf der Webseite nicht schnell genug gelöscht hatte. Der Aktivist und Herausgeber der Zeitschrift *Voice of Thaksin*, Somyot Prueksakasem-suk, wurde im April 2011 festgesetzt. Er hatte zwei Artikel veröffentlicht, in denen er eine Person, die ein Ankläger als König Bhumibol erkannt haben will, kritisierte. Somyot wurde 2013 zu elf Jahren Gefängnis verurteilt.

Initiativen gegen den Artikel 112

2011 formierte sich im Umfeld der Bangkokener *Thammasat*-Universität die sogenannte *Nitirat-Gruppe*. Dabei handelte es sich vornehmlich um junge Rechtswissenschaftler. Sie schlugen vor, den Artikel 112 im Strafgesetzbuch abzuändern und wesentlich mildere Strafen für Majestätsbeleidigung zu verankern. Ernsthaft und rational formulierte politi-

Kritik am Königshaus ist in Thailand verboten
Foto: Frank Arenz

sche Meinungsäußerung sollte gar nicht mehr unter den Tatbestand fallen. Der Vorschlag wurde jedoch sowohl von der Regierung als auch der parlamentarischen Opposition abgelehnt. Der Leiter der Gruppe, Professor Worachet Pakeerut, wurde nach Veröffentlichung der Vorschläge überfallen und zusammengeschlagen.

Seit mehreren Jahren existiert die Kampagne *Action for People's Democracy in Thailand* (siehe: <http://hirvikatu10.net/timeupthailand>). Die Initiatorin Junya Lek Yimprasert kämpft mit einer offenen Petition für die Abschaffung des Artikels 112. Interessierte können sich für Poster der Kampagne mit einem selbstgebastelten 112-Verbotsschild ablichten lassen. Die Petition wurde von 1.862 Personen und 52 Organisationen unterzeichnet. Ein Mitwirken thailändischer Staatsbürger birgt allerdings große Gefahr. Junya ist derzeit selbst wegen Verletzung des Artikels 112 angeklagt. Sie lebt in Finnland.

Aussichten

Mit dem Wahlgewinn von Thaksins Schwester Yingluck Shinawatra keimte nicht nur Hoffnung innerhalb der Rothembewegung, sondern auch im Hinblick auf die freiheitlichen Verhältnisse auf. Ein zentrales Wahlversprechen Yinglucks war, ein Amnestiegesetz für die politisch Inhaftierten infolge der Proteste von 2010 durchzusetzen, welches jedoch kürzlich vom Senat abgelehnt wurde. An diesem Vorhaben erhitzen sich die Gemüter, da es prinzipiell eine Rückkehr Thaksins aus dem Exil ermöglicht hätte, und es kam wieder zu massiven Straßenprotesten. Die Regierung antwortete mit der Ausrufung des

Notstands über Bangkok. Die neue Protestbewegung wird von Suthep Thaugsuban angeführt, dem ehemaligen Generalsekretär der *Demokratischen Partei* und stellvertretendem Ministerpräsidenten für innere Angelegenheiten im Kabinett Abhisits. Die primäre Forderung Sutheps und der Demonstranten konzentriert sich auf den Rücktritt der Regierung. Weiterhin verlangen sie, dass Abgeordnete des Parlaments zukünftig nicht mehr gewählt, sondern bestimmt werden sollen. Die von Yingluck angestrebten Neuwahlen wurden vehement abgelehnt. Putschgerüchte sind hingegen wieder allgegenwärtig.

Wie sich die Situation der Meinungsfreiheit in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigen am deutlichsten die Ratings von *Reporter ohne Grenzen* und *Freedom House*. Während Thailand in der Rangliste der Pressefreiheit 2002 noch auf Platz 65 (von 139) geführt wurde, fiel man bis 2013 auf Platz 135 (von 179). Im Index von *Freedom House* wird Thailand seit dem Militärputsch 2006 nur noch als »teilweise frei« gelistet.

Literatur

- > Freedom House, Berichte zu Thailand: <http://www.freedomhouse.org/country/thailand#.UvpMcbRYVmp>
- > Pye, Oliver (2010): Thailändische Dialektik. *Jungle World* 9. <http://jungle-world.com/artikel/2010/09/40478.html>
- > Stoll, Michael (2013): Thailand – Unliebsame Berichterstattung gilt als Majestätsbeleidigung. In: *Den Mutigen eine Stimme geben – Medien- und Meinungsfreiheit in Südostasien*, S. 7–12. (beziehbar über die Südostasien-Informationsstelle)



**Mut ist, Verbrechen zu beweisen,
die angeblich nie passiert sind.**

Wir unterstützen die Mutigen in Lateinamerika,
die gegen Justizwillkür kämpfen. Ihre Spende hilft!
www.misereor.de

MISEREOR
• MUT ZU TATEN

DZI
Spenden-
Siegel